



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 2. bis 8. Januar 1911)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 2. bis 8. Januar 1911.)

Politik

Reichsbote und Zentrum — Der deutsche Arbeiter — Gefahr des Ultramontanismus — Rom und die Kirchenunion — Neue Lohnkämpfe in Sicht — Gewerkschaften und Unternehmer.

Es beginnt zu tagen! Nun sieht sich auch der Reichsbote zu dem Bekenntnis gezwungen, zu dem sich nach und nach evangelische und katholische Kreise, denen ihre germanische Kultur teuer ist, schon längst bekehren mußten. Neben der sozialdemokratischen Gefahr besteht eine größere, die ultramontane. „Wenn nur die Ermägung die Regierung untätig macht, daß man in Deutschland das Zentrum im Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht glauben entbehren zu können und darum lieber ruhig zusieht, wie ein anderer großer Teil des Volkes dem Vaterlande entfremdet werden soll, so ist das ein verhängnisvoller Trugschluß; denn so schwer auch die Gefahren sein mögen, die von der Sozialdemokratie drohen, diese wird sich an ihrer stetig wachsenden Begehrlichkeit schließlich selbst verbluten. Was aber Rom erst in neue geistige Fesseln geschlagen hat, daran franken die Völker jahrhundertlang, und deshalb ist der Preis der römischen Knechtschaft zu hoch, wenn nur um diesen die Abwehr der Sozialdemokratie möglich wäre.“

So schreibt das Blatt unserer positiv gerichteten Pastoren!

Diese Äußerung an dieser Stelle ist gerade im gegenwärtigen Augenblick von erheblicher Bedeutung. Nach den Experimenten und nach aller Agitation, die seit zehn Jahren getrieben wurde, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, hatte sich in den wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung der Blick getrübt für alles, was soziale Organisation heißt. Man ist so weit gegangen, die überwältigende Mehrheit des deutschen Volks der Vaterlandslosigkeit, des Republikanismus und noch mancher anderer Staatsverbrechen zu zeihen, lediglich, weil sie sich im Kampfe um ihre materielle und politische Besserstellung gerade der Mittel bedienten, die ihnen geboten wurden. Diese Mittel stammten nun freilich aus der Hegenküche der internationalen Sozialdemokratie. Doch war dies nicht als eine Schuld der deutschen Arbeiter zu verbuchen. Die Hoffnung, daß die Arbeiterschaft sich auch in Deutschland in politisch neutralen Organisationen zusammenschließen würde, mußte schon im Jahre 1869 aufgegeben werden. Die Arbeitgeber standen der Gewerkschaftsbewegung aus bekannten materiellen Gründen feindlich gegenüber. Die gesamte Literatur wurde aber einseitig durch die Führer der Sozialdemokratie besorgt. Dementsprechend vermochten auch die rechtsstehenden Parteien der Frage nicht mit der notwendigen Sachlichkeit gegenüberzutreten; bei ihnen verband sich der Begriff der nationalen Wirtschaft fast ausschließlich mit der individuellen Betätigung des Unternehmers. Einige Zweifel in die Richtigkeit solcher Auffassungen

Grenzboten I 1911

13

sind dann bei den nationalen Parteien erst aufgetaucht, als an die Stelle des einzelnen Unternehmers in größerem Umfange die Aktiengesellschaft trat, die nun schon zusammen mit der in ihrer Haftpflicht beschränkten Genossenschaft das wirtschaftliche Leben beherrscht. Erst vor etwa sechs Jahren gingen die größten Unternehmungen daran, die Arbeiter ihrer eigenen Werke zu organisieren. Augsburg, das Grusonwerk, Siemens u. Halske machten mit gutem Erfolg den Anfang. Doch blieb das seit dreißig und mehr Jahren genährte Mißtrauen bestehen, und jeder organisierte Arbeiter oder Handwerker gilt in den oberen Schichten einschließlich der Verwaltungsbeamten als Sozialdemokrat und damit als vaterlandsloser Geselle. Die Wahlen von 1907 warfen da plötzlich ein grelles Schlaglicht auf die wahre Gesinnung der deutschen Arbeiter. Als Fürst Bülow nach dem furchtlosen Auftreten des Kolonialsekretärs Dernburg den Reichstag heim schickte und die Parole lautete: gegen das Zentrum!, da verloren die — Sozialdemokraten eine ganze Reihe von Sitzen im Reichstage, und die freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften, die noch im Jahre 1906 um 345 100 Mitglieder zugenommen hatten, büßten im Jahre 1907 rund 33 000 ein. Diese Erfahrung im Zusammenhang mit den Beobachtungen bei der Truppe, mit der Tatsache, daß z. B. der Vorwärts nur unter Ausübung des größten Zwanges die Zahl seiner Abonnenten vermehren kann, zwingen Politiker und Parteien, ihre Stellung zur Arbeiterschaft einer gründlichen Revision zu unterziehen und den Kampf gegen die Sozialdemokratie anders zu führen, als wie es bisher geschehen.

Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die Äußerung des Reichsboten bewertet werden, selbst wenn sie nachträglich durch das Blatt erheblich eingeschränkt wird. Sie läßt auf einen tiefen Bruch mit alten Anschauungen schließen und zeigt erneut, daß tatsächlich in der Parole gegen den Ultramontanismus das einigende Moment für das politische Leben der Gegenwart liegt. Wie groß die Gefahr des Ultramontanismus wieder geworden ist, steht nach den Ereignissen von 1910 so klar vor aller Augen, daß es kaum noch eines Hinweises darauf bedarf. Die Kritik, die Prinz Max von Sachsen an der Stellung der römischen Kurie zur byzantinischen Kirche und zu den Uniaten übte, küftete noch einmal den Schleier, der in den letzten Jahren über die letzten Absichten Roms künstlich gewebt worden ist. Nach dem Wortlaut der ruthenischen Wochenschrift Djilo (Lemberg, den 24. Dezember 1910) heißt es in dem viel erörterten Aufsatz des prinzlichen Priesters „Gedanken über die Einigung der Kirchen“: „Die römische Kirche hat von jeher dazu geneigt, als Herrscherin aufzutreten; sie wollte der griechischen Kirche ohne jede Rücksichtnahme eine Union aufdrängen, wie sie ihr allein gut dünkte: ‚Ich gebe die Gesetze, und wer die Union in der Form, die ich vorschlage, nicht anerkennen will, der ist ein Gegner der Union‘ — das ist der Standpunkt der römischen Kirche. Die Union hat ihr im Grunde genommen immer nur als eine Unterwerfung der unbotmäßigen griechischen Tochterkirche gegolten. Der Westen braucht in keiner Beziehung nachzugeben und ist zu

feinerlei Opfern verpflichtet; der Dsten dagegen muß sich der Rechtsprechung des römischen Papstes völlig unterwerfen und überdies alle Dogmen anerkennen, welche die römischen Theologen der jüngsten Zeit aufgestellt haben.“

Weiterhin weist der Verfasser an der Hand der Geschichte nach, daß die römische Kirche niemals weder besondere, ihr eigentümliche Privilegien, noch gesetzgeberische Gewalten besessen habe, die geeignet wären, sie der griechischen Kirche überzuordnen. Die Verteidiger des heutigen Roms haben die Geschichte vergessen und wenn sie vom christlichen Altertum sprechen, so stellen sie es sich in der Gestalt des gegenwärtigen monarchischen Systems vor. Deshalb suchen sie die Union diesem System anzupassen*).

Was hier offen über die Absichten gegenüber dem byzantinischen Glaubensbekenntnis ausgeplaudert wird, gilt auch für die Stellung der Kurie gegenüber der evangelischen Kirche. Nur die Wege sind verschieden, die hier und dort eingeschlagen werden müssen. In Deutschland muß eine politische Partei, die sich bald eine katholische, bald eine konfessionslose, bald eine demokratische oder konservative nennt, die Wege ebnen. Gegenwärtig gebärdet sich das Zentrum konservativ. Denn es gilt, eine Vereinigung der Konservativen im Reich mit den Nationalliberalen zu hintertreiben. Und die Konservativen wollen allem Anschein nach darauf hineinfallen, obwohl das Zentrum sich durch die Anklageschrift des Grafen Dppersdorf gegen Martin Spahn ganz offen als eine Förderin des Internationalismus gezeigt hat. Das neuerliche Verhalten der Deutschkonservativen ist nur zu verstehen aus wirtschaftlichen Gründen, dürfte indessen schwere Folgen für die Partei haben. Hat schon das Verhalten dieser Partei bei der letzten Finanzreform mit Recht die größte Verbitterung im Lande hervorgerufen, so dürfte ihr Zusammengehen mit dem Zentrum ihr noch mehr den Boden unter den Füßen entziehen, und jede andere bürgerliche Partei, die sich auf eine Kombination mit dem Zentrum einlassen wollte, würde damit nur die Propaganda der Sozialdemokratie unterstützen. Darum können wir auch die Ausführungen des Reichsboten als ein Moment fortschreitender Genesung unseres politischen Lebens begrüßen.

Nun wird entgegengehalten: man kann doch unmöglich das Vorhandensein der Sozialdemokratie ignorieren. Das wird auch nicht verlangt. Doch soll man sie da und mit denselben Mitteln angreifen, wo sie verwundbar ist, nämlich in ihrer wirtschaftlichen Betätigung. — Der Epilog zu den vorjährigen Streiks gipfelt in den Worten des Sozialdemokraten Parvus, der über den Schiedsspruch des Einigungsamts für das Berliner Baugewerbe sagt:

*) Wir beziehen uns auf die ruthenische Zeitschrift *Djilo*, weil Prinz Max mit dem Uniatenbischof zu Lemberg, Andreas Schepticki, in engerer Beziehung gestanden hat, und weil anzunehmen ist, daß dieser die genannte Zeitschrift aus dem Original des in Frage stehenden Aufsatzes unterrichtet hat. — Dies neue Moment ist auch für die Beurteilung des Prinzen wertvoll: er steht vor uns als ein weicher, leicht beeinflufbarer Mensch, von dem wohl ein unüberlegter Schritt, nicht aber eine kühne Tat zu erwarten ist.

„Diese Auslassung gilt auch für sämtliche anderen Arbeiterschichten, die unter der Teuerung und den neuen Steuern nicht minder wie die Bauarbeiter zu leiden haben. Sie wird bei den kommenden Auseinandersetzungen mit den Unternehmern den Arbeitern gute Dienste leisten.“ Adolf Weber aber sagt hierzu: „Der Schiedsspruch wirkt geradezu anregend für neue Kämpfe.“ Und wieder rüsten die Gewerkschaften im Kohlenrevier ebenso wie in den Großstädten für neue Lohnkämpfe. Gegen diese zu immer neuen Forderungen treibenden Organisationen gilt es aufzutreten. Der Kampf gegen die Gewerkschaften hat nicht und darf auch nicht den Zweck haben, das Los der arbeitenden Klassen zugunsten der Unternehmerklasse verschlechtern zu wollen. Schon die Tatsache, daß 45,34 pSt. auf die Arbeiterbevölkerung und nur 26,54 auf die Unternehmertreife fallen, spräche dagegen. Er erscheint aber im gegenwärtigen Zeitpunkt geboten, um die Gesamtheit der nationalen Wirtschaft vor allen den Gefahren zu bewahren, die als notwendige Folge übergroßer Ansprüche alle aufstrebenden Nationen treffen können. Alle Gewerkschaften, freie, Hirsch-Dundersche und christliche, haben zum Ausgangspunkt ihrer Politik das Prinzip des Klassengegensatzes. Der Kampf, den die Gewerkschaften gegen das Unternehmertum führen, stellt sich insfolgedessen nur theoretisch dar, als ein Ringen um die Produktionsmittel. In der Praxis bleibt er durch die zur Anwendung kommenden Mittel (Streiks und einseitig geleitete Einigungsämter) lediglich ein Kampf um höhere Löhne. Sein bisheriges Ergebnis ist nun allerdings eine relative Steigerung der Lohnzahlen, aber auch eine absolute Verteuerung der gesamten Lebenshaltung. Und damit sind auch die Grenzen gegeben, die den neuen Forderungen der Gewerkschaften gesteckt werden müssen. Die bisherigen Siege der Arbeiterorganisationen sind nicht etwa auf Kosten der Unternehmer, sondern und vor allen Dingen auf Kosten des kleinen Mittelstandes, der Staats- und Privatangestellten und derjenigen Teile des Proletariats, die sich gar nicht oder doch nur schwer zusammenschließen können, errungen worden; zu dieser Kategorie gehören die Heimarbeiter, Frauen und Kinder. Der Genosse Parvus und nach ihm Adolf Weber („Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit“, Verlag von J. C. B. Mohr, Tübingen 1910, 579 S. Nr. 12 M.) bestätigen ausdrücklich, daß „die Gewerkschaften dem höheren Lohne nachgehen“ und daß „sie . . . dort am stärksten, wo die Löhne am höchsten sind“. „Dort also“, fügt Weber auf S. 532 seines sehr lesenswerten Werkes hinzu, „können die Gewerkschaften am leichtesten Erhöhung der Löhne erzielen, wo ihre Mitglieder materiell sowieso schon besser stehen als die Kollegen in anderen Branchen.“ Damit aber ist auch der Punkt gewiesen, wo die Gewerkschaften angreifbar sind, und von wo aus sie im Interesse des Volksganzen und der nationalen Wirtschaft reformiert werden müssen. Denn nun treten dieselben Gründe gegen sie auf, die früher für sie und gegen das Unternehmertum geltend gemacht werden konnten. Nur noch verschärft. Denn zu allen Zeiten hat das Unternehmertum sich vor der Masse der Arbeitnehmer ausgezeichnet durch

Intelligenz und Initiative. Man wird einwenden, beide Eigenschaften seien auch der Masse eigen durch ihre Führer, durch die Gewerkschaftsbeamten oder die Gewerkschaftsbureaucratie. Gewiß, in einem späteren Stadium der „Vergesellschaftung“ der Produktionsmittel, wenn nämlich die heutigen Unternehmer Staatsangestellte sein werden, mag man von einer wirtschaftlichen Initiative der Masse sprechen dürfen, einstweilen nur von Instinkten, die einer taktvollen Leitung bedürfen, sollen sie nicht schädlich wirken. Damit aber sinken auch die letzten Reste eines moralischen Grundes in sich zusammen, der seinerzeit die Sympathien vieler Gebildeten auf die Seite der organisierten Arbeiter führte. Solange diese lediglich ihren Anteil am steigenden Wohlstand forderten, lagen ihre Bestrebungen auch im Interesse der Nation. Nun sie aber den ganzen Volkskörper auszusaugen drohen, und noch dazu für eine Minderheit, erweisen sie sich als eine nationale Gefahr, der die Nation entgentreten muß, will sie sich nicht an jüngere, in ihren Anforderungen ans Leben bescheidenere Völker verlieren.

Kolonialfragen

Keine Eisenbahnen — Eingeborenenpolitik — Tonape.

In der Kolonialpolitik hat der Wechsel an der Spitze der Kolonialverwaltung bis jetzt noch keine erkennbaren Veränderungen hervorgebracht. Der neue Staatssekretär hat vielmehr bei seiner Jungfernsrede ziemlich deutlich zu verstehen gegeben, daß er auf den bewährten Dernburgschen Bahnen weiterwandeln will. Im übrigen hat er sich hinsichtlich der Hauptfragen der Kolonialpolitik mit großer — uns will dünken, mit etwas zu großer — Zurückhaltung ausgesprochen. Da Herr v. Lindequist in den Fußstapfen seines Vorgängers wandeln will, so möchten wir bescheidenlich daran erinnern, daß zu dessen Rüstzeug auch ein gut Teil Draufgängertum gehörte.

In kolonialen Kreisen ist man da und dort etwas enttäuscht, daß der Herbst auch nicht die kleinste koloniale Eisenbahnvorlage gebracht hat. Man sagt sich nicht ganz mit Unrecht, daß wir vom kommenden Reichstag in dieser Richtung vorläufig nicht allzuviel erwarten dürfen, und deshalb das Eisen schmieden sollten, solange es noch heiß ist. Aber daran ist jetzt nichts mehr zu ändern. Vielleicht will auch Herr v. Lindequist sein Ressort beim nächsten Reichstag nicht durch ein zu forsches Vorgehen im voraus in Mißkredit bringen. Wenn man über diesen Punkt zweierlei Meinung sein kann, so hätten wir doch gewünscht, daß Herr v. Lindequist sich wenigstens über seine Anschauungen in der Frage der Eingeborenenpolitik und der Besiedlung der Kolonien einigermaßen programmatisch ausgesprochen hätte. Denn in diesen beiden Fragen erwartet man in kolonialen Kreisen von dem neuen Staatssekretär mancherlei Wandlungen und hat gerade deswegen seine Wahl sympathisch begrüßt. Bestimmte Vorgänge in den Kolonien hätten sogar einen unmittelbaren Anlaß zur Aussprache geboten. Doch vielleicht holt der Staatssekretär dies bei der zweiten Lesung des Stats nach.

Er braucht schon aus dem Grunde aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen, weil ja der Kolonialetat für 1911 im ganzen ein Bild erfreulicher Entwicklung der Kolonien bietet. Besondere Veränderungen und Neuerungen als Ausfluß der Anschauungen des neuen Kolonialsekretärs kann er nicht zeigen, da er ja im wesentlichen noch unter Dernburg entstanden ist.

Allerlei neue Vorgänge auf kolonialem Gebiet erfordern aber gebieterisch verschiedene Ergänzungen, die noch möglich sind. Wir meinen namentlich den Aufstand in Ponape, der wieder Verhältnisse zutage gefördert hat, welche mit dem heutigen Stand der kolonialen Entwicklung nicht im Einklang stehen. Es ist eine wenn auch wenig beachtete Tatsache, daß unter Dernburg für die Südsee sozusagen nichts geschehen ist; die Verkehrsverhältnisse sind noch genau so jammervoll wie vor fünf Jahren, oder fast noch jammervoller. Nicht genug, daß die Südseekolonien der telegraphischen Verbindung mit der Außenwelt fast ganz entbehren, hat man nicht einmal für eine ausreichende Flottille in der Hand der Verwaltung gesorgt, ja nicht einmal in Abgang geratene Fahrzeuge rechtzeitig ersetzt, so daß z. B. das jetzt teilweise in Aufstand befindliche Ponape ausschließlich auf Ruderboote angewiesen war! Kein Wunder, wenn die Kunde von dem neulichen Unglück mehr als zwei Monate, nachdem es geschehen war, hierher gelangte und die Europäer in Ponape wochenlang auf Hilfe warten mußten. Denn die fünfzig farbigen Polizeisoldaten hätten im schlimmsten Fall eher eine Gefahr bedeutet. Es ist dieselbe Geschichte wie vor einundeinhalb Jahren auf Samoa, wo das Gouvernement auch nichts dafür konnte, daß die Eingeborenen sich auf einen kleinen Putz beschränkten. Wenn sie die sämtlichen Europäer niedergemacht hätten, niemand hätte sie hindern können. Waren sie doch zum Teil sogar vom Gouverneur mit modernen Gewehren ausgerüstet. Die Kolonialverwaltung hat sich diesen Fall nicht zur Warnung dienen lassen, sonst hätten wir jetzt auf Ponape eine andere Situation gehabt. Und man könnte fast glauben, daß sie auch jetzt wieder alles nicht wahr haben und keine Änderung in der unbegreiflich sorglosen Politik in der Südsee eintreten lassen will, denn sonst ist die dieser Tage verkündete Rangerhöhung des samoanischen Gouverneurs Dr. Solf nicht verständlich, über den die öffentliche Meinung daheim und draußen auf Grund von unleugbaren Tatsachen ziemlich deutlich das Urteil gesprochen hat — es sei denn, daß es sich um eine Abschiedsbehrung handelt, die Herrn Dr. Solf für frühere Verdienste gern gönnt würde. Niemand kann schließlich aus seiner Haut heraus; aber wenn man von den Tatsachen so eklatant ad absurdum geführt wird, wie Herr Dr. Solf im vorletzten Jahre, so sollte man die Schlußfolgerungen ziehen. Die Kolonialverwaltung hat in den letzten Jahren allerlei handgreifliche Mahnungen zur Umkehr erhalten, die ihr zu denken geben müßten.

Das Gedächtnis der jüngst verstorbenen Kolonialpioniere Graf Goetzen, Regierungsrat Boeder und Major Dominik könnte bei der Kolonialverwaltung praktische Erinnerungen wachrufen. Graf Goetzen hat einmal als

Gouverneur von Ostafrika die Verringerung der Schutztruppe beantragt, und wenige Tage nachher mußte er um deren Verstärkung bitten, weil unerwartet der große Aufstand von 1905 ausgebrochen war. Regierungsrat Boeber ist soeben seinem zu großen Vertrauen auf die Eingeborenen zum Opfer gefallen; Major Dominik dagegen konnte selten große Erfolge aufweisen, weil er allezeit auf der Hut und der Hauptvertreter einer Politik der festen Hand gewesen ist. *Discite moniti!*

Rudolf Wagner

Bücherliste

- Weber, Adolf:** Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Tübingen, F. E. W. Mohr. M. 12.—.
- Göppert-Seibel:** Hypothekendarstellung. Berlin, J. Gutentag.
- Sänks, Friedrich:** Dichtungen und Briefe. Gotha, Fr. A. Perthes. M. 6.—.
- Elster, Ludwig:** Wörterbuch der Volkswirtschaft. 2. Bief. Jena, Gustav Fischer.
- Ewert, Max:** Wie erziehen wir unsere Mädchen zur Selbständigkeit? Guben, Albert König. M. 0.60.
- Sonnenfels, Amanda:** Hervorragende Frauen. Lebensbilder aus zwei Jahrhunderten. Gotha, Fr. A. Perthes. M. 4.—.
- Berthege, Hans:** Hafis. Leipzig, Inselverlag. M. 5.—.
- Tschuang-Tse:** Reden und Gleichnisse. Leipzig, Inselverlag. M. 4.—.
- Goethe:** Römische Elegien. Leipzig, Klinckschardt & Biermann. M. 4.—.

- Kühn, Paul:** Die Frauen um Goethe. Leipzig, Klinckschardt & Biermann. M. 5.—.
- Marden:** Was du tust, das tue recht! Stuttgart, J. Engelhorn. M. 1.—.
- Marden:** Wer sich viel zutraut, der wird viel leisten! Stuttgart, J. Engelhorn. M. 1.50.
- Defer, Max:** Friedrich Klein-Chavalier und seine neue Kunst. Frankfurt a. M., Heinrich Keller. M. 4.—.
- Haendke, B.:** Kunstanalysen aus neunzehn Jahrhunderten. 2. Aufl. Braunschweig, Georg Westermann.
- Landberger, Franz:** Wilhelm Tischbein. Leipzig, Klinckschardt & Biermann. M. 5.—.
- Tornius, Valerian:** Die Empfindsamen in Darmstadt. Leipzig, Klinckschardt & Biermann. M. 4.—.
- Knetsch, Karl:** Goethes Ahnen. Leipzig, Klinckschardt & Biermann. M. 4.50.
- Vogel, Julius:** Goethes Leipziger Studentenjahre. 3. Aufl. Leipzig, Klinckschardt & Biermann. M. 4.—.

Höchste Auszeichnungen.

Gegründet 1824.

C. PRÄCHTEL HOFMÖBELFABRIK

BERLIN SW.19, Krausen-Strasse 31-32

Wohnungs-Einrichtungen
Atelier für Innendekoration

Fernsprecher:

Amt 1, 1035, 2619.

- Lunghwiz, Hans:** Führer der Menschheit? Sozialer Roman. Berlin, Adler-Verlag. M. 4.—
- Prinz Friedrich Karl von Preußen.** Denkwürdigkeiten aus seinem Leben. Herausgegeben von Wolfgang Foerster. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt. M. 10.—
- Reel, E.:** Das Kunstwerk Rich. Wagners. (Aus Natur und Geisteswelt Nr. 330.) Leipzig, B. G. Teubner.
- Ranson, Gustav:** Die Insel. Erzählungen. Leipzig, Georg Meiseburger. M. 3.—
- Eisler, Mich. Josef:** Eisenbeinturm. Sonette. Berlin, Otto von Holtz.
- Apel, Max:** Wie studiert man Philosophie? Stuttgart, Wilh. Biolet. M. 2.50.
- Anderfen-Nexo:** Lobgesang aus der Tiefe. Erzählungen. Leipzig, Georg Meiseburger.
- Schmidt, Max:** Aus unserem Kriegsleben in Südwest-Afrika. Gr.-Lichterfelde, Edwin Runge. M. 1.—
- Rosenmund, Ella:** Nadelarbeit. M. 1.—
- Morawe, Chr. F.:** Papparbeit. M. 1.—
- Jalles, A.:** Spielzeug. (Handarbeit für Knaben und Mädchen.) Leipzig, B. G. Teubner.
- Schulze, Friedrich:** Die Franzosenzeit in deutschen Landen in Wort und Bild der Mittelebenen. Hef. 2—16. Leipzig, A. Voigtländer.
- Rogel, Theodor:** Gott, Gemüt und Welt. Goethes Erbsitzgenuss über seine Stellung zur Religion und zu religiös-firchlichen Fragen. 4. Aufl. Leipzig, B. G. Teubner. M. 4.—
- Mohr, Martin:** Schwedische Streifzüge. München, C. F. Beck. M. 1.80.
- Jupita, Julius:** Einführung des Studiums des Mittelhochdeutschen. Chemnitz, Wilhelm Gronau.
- Friedländer, S.:** Friedrich Nietzsche. Leipzig, G. F. Göschen. M. 2.80.
- Straffer, Charlott:** Reisevellen aus Rußland und Japan. Zürich, Rascher & Co. M. 2.50.
- Seyth, Adyr:** Gloria in excelsis Deo! Dresden, E. Pierzon.
- Konrich, G. F.:** Hannoverland. Ein Buch der Heimatpflege. Hannover, Ernst Geibel. M. 1.—
- von Bohmann, Robert:** Aus Altertum und Gegenwart. Gesammelte Abhandlungen. 2. Aufl. München, C. F. Beck.
- von Brodheim, Hans:** Erinnerungen eines Chinesen! Gr. Lichterfelde, Edwin Runge.
- Engel, Georg:** Die Leute von Mooskute. Berlin, Concordia, Verlagsanstalt. M. 3.—
- Presbier, Rudolf:** Späne. Berlin, Concordia, Verlagsanstalt. M. 2.—
- Lificronus Briefe an Herrn. Friedrichs aus den Jahren 1885—1889.** Berlin, Concordia, Verlagsanstalt. M. 4.—
- Der diplomatische Ursprung des Krieges von 1870 bis 1871.** Herausgegeben vom französischen Ministerium des Auswärtigen. 2. Band. Berlin, Verlagsanstalt für Literatur und Kunst.
- Klein-Gattungen, Oskar:** Geschichte des deutschen Liberalismus. 1. Band. Berlin-Schöneberg, Buchverlag der „Hilfe“.
- Vorreiter, Ansbert:** Ingenieur. Jahrbuch auf allen Gebieten der Luftschifffahrt 1911. München, J. F. Lehmanns Verlag. M. 10.—
- Kampers, Franz:** Karl der Große. Weltgeschichte in Charakterbildern. Mainz, Kirchheim & Co. M. 4.—
- von Ginderrin, Friedrich:** Die Lehre vom All. Leipzig, Otto Wigand m. b. H. M. 3.—
- Otto, Verhold:** Von der Heiga. Groß-Lichterfelde, Verlag des Hauslehrers. M. 2.—
- Kaiser-Wilhelm-Dank:** Deutschland als Weltmacht. Berlin, Kameradschaft-Verlagsgeellschaft. M. 4.—
- Birt, Theodor:** Aus der Provence. Deutsche Bucherei Nr. 112/113. Berlin, Otto Koobs, Verlag Deutsche Bucherei. M. 1.—
- Damme, Dr. jur.:** Der Schutz technischer Erfindungen. Berlin, Otto Viehmann. M. 3.40.
- Hennig, Dr. Bruno:** Elisa Radziwiłł. Ein Leben in Liebe und Leid. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. M. 7.50.
- Burgbaum, Emil:** GeneraImajor. Aufmestage der deutschen Reiterregimenter. M. 1.—

Verantwortlicher Schriftleiter: **George Kleinow** in Berlin-Schöneberg, Verlag: **Verlag der Grenzboten G. m. b. H.** in Berlin SW. 11.

Anzeigen-Aufnahme für diesen Teil beim Verlag der Grenzboten G. m. b. H.,

Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23.

Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6510.

Telegramm-Adresse: Grenzboten, Berlin.

Stellennachweis.

(Aus der Tages- und Fachpresse.)

Anfragen zu richten unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle der „Grenzboten“, Berlin SW. 11.

A. Für Akademiker.

275. **Redakteur**, jüngeren, solid., zuverlässig. (Berichterstatter, Stenographie), f. d. lotalen Teil, Württemberg.
296. **I. Bürgermeister** (10000 M.), melden bis 15. 1. 11. Westpreußen.
297. **II. Bürgermeister** (6000 M.), melden bis 15. 1. 11. Schlesien.
298. **Hauslehrer**, 1. 4. 11, f. 2 Knab., Pommern.

B. Für Damen.

269. **Hauslehrerin**, ältere, 1. 4. 11, Holstein.
272. **Erzieherin**, jung., ev., gepr., mus., 1. 4. 11, Schlesien.
274. **Erzieherin**, gepr., ev. (Sprach., Mus., Zeichnen), vorz. Zeugn., 1. 4. 11, Pommern.
280. **Erzieherin**, ev., gepr. (Sprachen, Mus.), 1. 4. 11, Obereschlesien.

286. **Lehrerin**, städt. Schule (1500 M.), Ostern 1911. Bad Westdeutschland.
287. **Lehrerin**, Deutsch-Südwest-Afrika f. 10 jähriges Mädchen.
288. **Erzieherin**, ev. jung. gepr. Lehrerin (Klavierunterricht) Mitteldeutschland.
289. **Erzieherin** (Sprachen, Mus.), Ostern 1911 Italien, Alpen.
290. **Erzieherin**, ev. staatl. gepr. Klavierunterricht. 1. 4. 11. Posen.
291. **Erzieherin**, ev. gepr. (Franz. Engl., Mus., Zeichn.), 1. 4. 11. Pommern.
292. **Erzieherin**, ev. (Mus., Franz., Engl.), Ostern 1911 Mecklenburg.
293. **Erzieherin**, ev. (Pers. Engl.), Februar 1911, Berlin.
294. **Lehrerin** (Mus. u. Deutsch), Russ.-Polen.
295. **Lehrerin**, ev. gepr. (Sprachen, Mus.), Brandenburg.
299. **Erzieherin**, ev., geprüft., f. 2 Mädch. (Ausland. bevorzugt), 1. 4., Schlesien.
300. **Erzieherin**, ev., mus., f. 2 Knaben, Westpr.
301. **Erzieherin**, ev., gesund, Veit., mus., f. 3 Mädch., 1. 4., Pommern.
302. **Erzieherin**, f. 8 jähr. Mädch., 1. 4., Pommern.

Für vorstehende Inserate verantwortlich: **Karl Schulze** in Berlin-Schmargendorf.
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 87.